

**Grußwort von Josef Dichgans, Landesvorsitzender der
Christdemokraten für das Leben (CDL) Baden-Württemberg**

Familien, Mütter und Väter, - Kinder,

Kinder sind Wir alle,

Wir alle sind Kinder unserer Eltern.

Ohne unsere Mütter und Väter,

ohne unsere Familie gäbe es uns nicht.

Und:

Ohne Familie gibt es keinen Staat.

Deshalb verdient die Familie den besonderen Schutz des Staates.

Der Staat schützt sich dadurch letztlich selbst.

Das Projekt des neuen Bildungsplanes der Grün/Roten Landesregierung von Baden-

Württemberg untergräbt die Familie. Es will ihr Lebensformen gleich ordnen, die nicht die gleiche, grundlegende, nachhaltige Bedeutung haben - die nicht gleich sind.

Dies geschieht, indem Zusammenhänge negiert werden, die augenfällig sind.

Kinder haben einen Vater und eine Mutter.

Kinder haben ein Recht auf ihre Eltern und sie haben ein Recht auf die Geborgenheit ihrer Familie.

Die Geborgenheit in der Familie kann der Staat zweifellos im Einzelfall weder garantieren noch selbst herstellen.

Aber er kann, wie es die Väter des Grundgesetzes erkannt und keineswegs erfunden haben, die Institution der Familie schützen.

Sexualität ist eingefügt in Zusammenhänge und steht nicht für sich.

So wie das Essen in den Zusammenhang der Ernährung eingefügt ist

Und so, wie eine Herauslösung des Essens aus diesem Zusammenhang zu Missständen führt, etwa der Übergewichtigkeit,

so führt eine Herauslösung menschlicher Sexualität zu Missständen.

Sexualität ist kein Selbstzweck. Wir Menschen definieren uns nicht an unserer Sexualität. Sie ist ein Teil von uns, aber nicht der wichtigste.

Wir alle haben ein Recht darauf, dass man uns, dass auch der Staat uns mit Zurückhaltung begegnet.

Was sich das Projekt des Bildungsplanes gegenüber unseren Kindern herausnimmt ist schamverletzend und stößt an die Grenzen sexueller Belästigung. Unter Erwachsenen wäre das sexuelle Belästigung.

Der Staat hat den Innenraum der Familie zu respektieren. In Abkehr von der Allstaatlichkeit glücklicher Weise hinter uns liegender Systeme bekennt sich das Grundgesetz auch für den Lebensbereich der Familie zu Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit.

Es ist nicht Sache des Staates, nicht Sache der Grün/Roten Landesregierung den Gesinnungszugriff auf unsere Kinder zu nehmen. Erziehung ist und bleibt Sache der Eltern.

Wir lehnen es ab uns von einer Landesregierung, die ihre Zuständigkeit in ihrem Bildungsauftrag hat, die Erziehung unserer Kinder wegnehmen zu lassen. Gerade eine tolerante Gesellschaft darf staatliche Gesinnungsverabreichung nicht tolerieren

Daran wollen Wir unbeirrt festhalten.

Ich danke Ihnen